

10285/AB

vom 09.01.2017 zu 10765/J (XXV.GP)



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

Frau
 Präsidentin des Nationalrates
 Doris Bures
 Parlament
 1017 Wien

Mag. WOLFGANG SOBOTKA
 HERRENGASSE 7
 1010 WIEN
 TEL +43-1 53126-2352
 FAX +43-1 53126-2191
 ministerbüro@bmi.gv.at

GZ: BMI-LR2220/1190-II/2016

Wien, am 23. Dezember 2016

Der Abgeordnete zum Nationalrat David Lasar und weitere Abgeordnete haben am 10. November 2016 unter der Zahl 10765/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Islamisten-Gipfeltreffen in Wien“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 9:

Ja.

Zu den Fragen 2 und 3:

Nein. Es gab aber keine Anhaltspunkte oder Hinweise, die eine Einzelüberprüfung aller Veranstaltungsteilnehmer erfordert oder gerechtfertigt hätte.

Zu den Fragen 4 und 5:

Aus datenschutzrechtlichen Gründen muss von einer Beantwortung der Fragen Abstand genommen werden.

Zu den Fragen 6 bis 8:

Durch die Sicherheitsbehörden erfolgte keine Überwachung der Veranstaltung. Die Abhaltung der anfragegegenständlichen Veranstaltung stellt per se keinen ausreichenden Grund für ein Tätigwerden der Sicherheitsbehörden dar. Die Sicherheitsbehörden haben nur bei entsprechender Verdachtslage wegen eines eventuell strafbaren Verhaltens im Rahmen

der gesetzlichen Rechtsgrundlagen nach dem Sicherheitspolizeigesetz, der Strafprozeßordnung oder den sonst einschlägigen Gesetzen, sowie die Staatschutzbehörden gemäß § 1 Abs. 3 Polizeiliches Staatsschutzgesetz – PStSG, BGBl. I Nr. 5/2016, seit 1. Juli 2016 nach dem Polizeilichen Staatsschutzgesetz tätig zu werden.

Zu Frage 10:

Es sind keine polizeilichen Interventionen in Bezug auf die, die Frage betreffende Veranstaltung evident.

Mag. Wolfgang Sobotka

